

# PL

Forum ○ ○ ○ ○ ○ ○  
Demokratische ○  
Linke ○ ○ ○ ○ ○ ○  
21 ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○ ○

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 26. Mai 2005

### Die Linke steht für Reformen

Die gewählten Sprecher der Parlamentarischen Linken, Michael Müller MdB und des Forums Demokratische Linke 21, Andrea Nahles, erklären:

Die Linke hat sich konstruktiv an der Diskussion um die Agenda 2010 und ihre Fortentwicklung beteiligt. Angesichts der weit reichenden Umbrüche, die damit verbunden sind, ist es selbstverständlich, dass dies auch kontrovers diskutiert wird. Das gehört zur Demokratie. Entscheidend allerdings bleibt, dass Gerhard Schröder sich stets auf eine eigene Mehrheit stützen konnte. Deshalb heißt es auch heute: " Eintreten und mitmachen in der SPD statt abseits zu stehen und nur zu kritisieren". Die Demokratie lebt von engagierten und diskussionsfreudigen Parteien.

Die SPD-Linke sieht in der vorgezogenen Neuwahl die Chance auf einen Befreiungsschlag nach vorne. Tatsache ist, dass die Opposition eine Doppelstrategie betreibt: Sie versucht sich öffentlich als Motor für Veränderungen hinzustellen; tatsächlich verhindert sie aus parteitaktischen Gründen selbst kleinste Schritte. Größere Reformvorhaben werden mit der Mehrheit im Vermittlungsausschuss blockiert. Die Brandstifter von gestern, die durch ihr Reformversagen in den 90-er Jahren die Hauptverantwortlichen für die heutigen Probleme sind, zeichnen sich durch Verantwortungslosigkeit und Populismus aus. Sie dürfen unser Land nicht regieren.

Sie wissen, dass sie mit dieser durchsichtigen Linie nur mehrheitsfähig sind, wenn sie Stimmungen erzeugen und sagen, was sie *nicht* wollen. Zudem schüren sie zum Beispiel bei der EU-Erweiterung unterschwellig Vorurteile. Wenn sie eigene Konzepte wie bei der Kopfpauschale vorlegen, dann bricht dieser Schein schnell zusammen. Die Union macht bei Hartz IV Versprechungen, die sie nicht halten kann und gleichzeitig kritisiert sie schon heute die Kosten der Arbeitsmarktreform. Sie kündigt Maßnahmen an, die sie – wie die Kürzung der Eigenheimzulage – bisher stets bekämpft hat. Sie versucht, durch einen inhaltsleeren Wahlkampf die Macht zu erschleichen. Noch nie zuvor sollten die Wähler so betrogen werden.

---

Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion  
Deutscher Bundestag  
Unter den Linden 50  
10117 Berlin  
Tel. 030 – 227 51055  
Fax 030 – 227 56057

PRESSEMITTEILUNG

Deshalb ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung notwendig, zumal von Union und FDP ein populistischer Wahlkampf droht, der mit Unterstellungen arbeitet, fragwürdige Stimmungen schürt und Vorurteile ausnutzen will. Der Slogan "Vorfahrt für Arbeit" suggeriert, dass soziale und ökologische Ziele zurückzustehen haben. Es ist der Abschied von der Idee der sozialen Marktwirtschaft, mit der Ludwig Erhard "die konservativen, ja reaktionären Vorstellung, das einer kleinen Schicht Wohlhabender eine große Masse sozial schwacher Einkommensgruppen entgegensteht", überwinden wollte, weil sozial eine Wirtschaftsordnung nur dann ist, wenn sie im Gegensatz zur liberalistischen Ideologie der Vergangenheit allen zugute kommt.

Zum anderen ist zu erwarten, dass die Union eine "abgemilderte Fortynisierung" der Bundesrepublik betreiben wird, also wie nach dem holländischen Beispiel unterschwellig Fremdenfeindlichkeit forciert. Trotz widersprüchlicher Aussagen wird dies insbesondere mit der EU-Erweiterung um Bulgarien, Rumänien und Türkei versucht. In Holland ist die Folge, dass dort eine zunehmende EU-feindliche Stimmung entsteht. Die Union treibt ein gefährliches Spiel.

Die Linke in der SPD sieht vor allem drei Schwerpunkte für den Wahlkampf:

- Erweiterung und Fortentwicklung der Agenda 2010. Die Agenda 2010 war eine notwendige, wenn auch zum Teil schmerzliche Reaktion auf die Reformversäumnisse der 90-er Jahre, in denen in anderen Ländern der Umbau der Sozialsysteme stattgefunden hat, während in Deutschland unter Helmut Kohl Stillstand herrschte, sowie auf die Herausforderung des demographischen Wandels. Der Reformkurs wird von der Linken getragen. Nun geht es um die Fortentwicklung, insbesondere um eine projektbezogene Investitionsförderung von Bildung, Forschung, Wissenschaft und Gesundheit.
- Wir suchen die Auseinandersetzung um die Zukunft, wie insbesondere die großen Herausforderungen des Übergangs in die Wissensgesellschaft, der Grenzen der Massenproduktion und die absehbaren Engpässe in der Energie- und Rohstoffversorgung innovativ bewältigt werden können. Dazu orientieren wir uns vor allem an der großen Idee der Nachhaltigkeit.
- Die Kapitalismuskritik muss weiter konkretisiert werden. Es geht nicht um eine rückwärts gewandte Auseinandersetzung, sondern um die Zurückdrängung eines vulgären Geldökonomismus, das heißt eines Wirtschaftsdenkens, das alles auf nur eine Größe reduziert, nämlich schnelles Geld. Dies ist eine notwendige Debatte, die auch im Interesse der Wirtschaft liegt, um einerseits Beschäftigung und Wertschöpfung zu sichern und andererseits neue Märkte zu erschließen. Dies ist eine große Herausforderung für Deutschland und die Europäische Union, die über ihre Selbstbehauptung in der Globalisierung entscheidet.

Wir nehmen den Kampf um die Köpfe auf. Die Frage nach der Ausgestaltung der Unternehmens- und Wirtschaftsverfassung, mit der die Herausforderungen in der globalen Welt gelöst werden können, ist ein zentrales Thema, hinter dem eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem konservativen und postliberalen Lager steht. Auch hier haben Union und FDP die Zeichen der Zeit nicht erkannt, denn der Geldökonomismus, dem sie sich politisch anpassen wollen, ist längst an Grenzen geraten. So haben die beispielsweise die Vereinten Nationen das Jahr 2005 zum Jahr der Mikrofinanzierung ausgerufen, um im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung von der Abhängigkeit von den großen Finanzströmen wegzukommen und den öffentlichen Sektor wieder zu stärken. Hier hat unser Land nur dann große Chancen, wenn es jetzt nicht aus ideologischen und parteitaktischen Gründen in die "Vorreformzeit" der 90-er Jahre zurückfällt.

Die SPD-Linke bekennt sich, wie auch die gesamte Fraktion, zu der Koalition mit den Grünen. Es gibt keine realistische Alternative. Wir haben in der Koalition zum Beispiel in der Energiepolitik, bei den Bürgerrechten oder auch in der Europa- und Friedenspolitik viel erreicht. Dennoch ist ein eigenständiger Wahlkampf der SPD notwendig, um möglichst viele Wählerschichten anzusprechen, zumal Koalitionen erst nach der Wahl geschmiedet werden. Allerdings ist auch richtig, dass wir von den Grünen erwarten, dass sie z. B. in den Fragen einer modernen Industriepolitik oder auch in der Kapitalismusdebatte mehr Flagge zeigen.

Für das Wahlprogramm fordern wir:

- Eine offensive Beschäftigungspolitik, wozu insbesondere eine bessere projektbezogene Förderung von Zukunftsinvestitionen, eine Infrastruktur in Finanzinstitutionen und öffentlichen Einrichtungen für eine Förderung von Innovationen, gezielte Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen. Eine Reduktion des Materialeinsatzes, auf den rd. 50 Prozent der Kosten im gewerblichen Sektor entfallen, um 10 Prozent kann zu einer Mehrbeschäftigung von rd. 800.000 Arbeitsplätzen führen.
- Wir drängen darauf, dass der Monitoringbericht zu Hartz IV so bald wie möglich vorgelegt wird, um im Lichte dieses Berichts schnell die notwendigen Änderungen vorzunehmen.
- Eine Offensive für Bildung und Forschung. Wir wollen, dass der Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf drei Prozent möglichst bis 2008 erreicht wird. Alle die Länder, die kräftig in diese Sektoren investieren, stehen auch auf dem Arbeitsmarkt und beim Wirtschaftswachstum gut da.
- Mehr Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit. Wir wollen die Steuerschlupflöcher schließen, was bisher von der Union und FDP beim Subventionsabbau verhindert wurde. Wir wollen die Steuer vereinfachen und mehr Steuergerechtigkeit im Sinne des Modells des SPD-Landesverbandes von Schleswig-Holstein verwirklichen.
- Wir brauchen neue Initiativen für eine Bildungsreform. Hier können wir insbesondere von den skandinavischen Ländern lernen, die zu einer

Neuordnung der Schulstruktur gekommen sind, während die CDU an überholten Bildungskonzepten festhält.

- Wir wollen einen modernen und handlungsfähigen Staat und leistungsfähige, öffentliche Güter. Der Weg der Deregulierung um jeden Preis, die den Staat entmachtet, ist falsch. Tatsächlich geht um eine zeitgerechte, in die Zukunft weisende Neuregulierung. Beispielsweise brauchen wir in der Umweltpolitik eine Überwindung des preußischen Polizeirechts und eine Ausrichtung auf eine ehrgeizige Minimierungsstrategie beim Einsatz von Energie und Rohstoff sowie bei der Belastung der Natur.
- Wir setzen uns für eine Erweiterung von Mitbestimmung und Teilhaberrechten ein. In der Wissensgesellschaft kommt es vor allem auf die menschlichen Fähigkeiten an, auf die Nutzung von Kreativität, Teamfähigkeit und Qualifikation. Nicht die Zurückdrängung der Arbeitnehmerrechte, sondern ihre Fortentwicklung für selbstbewusste und leistungsfähige Teilnehmer am wirtschaftlichen Prozess ist das Gebot unserer Zeit.
- Es geht darum, die Idee des sozialen Fortschritts weiter auszubuchstabieren. Die Sozialdemokraten können und wollen den Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitswelt nicht aufhalten. Für uns steht jedoch fest, dass wir den Menschen Partner in diesen Umwälzungsprozessen sein wollen. Die Menschen brauchen ein funktionierendes soziales Netz, um den Anforderungen an Flexibilität und Qualifizierung gerecht werden zu können.
- Wir treten ein für eine Verbesserung der sozialen Schutzmaßnahmen; dazu gehören insbesondere das Antidiskriminierungsgesetz und ein gesetzlicher Mindestlohn. Inwieweit es dazu ausgefeilter gesetzlicher Maßnahmen bedarf, liegt letztlich daran, ob Teile der Wirtschaft weiterhin einen egoistischen Kurs fahren oder sich zu ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit bekennen.
- Wir stehen zur solidarischen Finanzierung des Sozialsystems. In der kommenden Auseinandersetzung wird es auch um die künftige Verfassung unserer sozialen Ordnung gehen. Der erste Schritt ist für uns dabei die Bürgerversicherung, deren Prinzipien auch auf andere Bereiche auszudehnen sind. Sie gehört ins Zentrum des Wahlkampfes.

Unser Ziel ist die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft und ihre Erweiterung auf eine sozial ökologische Wirtschaftsordnung. Wir unterscheiden uns grundsätzlich von der konservativen Anpassung an die Globalisierung durch Willen zur Gestaltung. Wir brauchen eine multilaterale Welt, um Frieden und Gleichgewicht zu schaffen und eine gute Zukunft für alle zu haben. Diese Herausforderungen nehmen wir an, statt den Menschen leichte Lösungen vorzugaukeln. Denn nur so ist neuer Fortschritt möglich.

**PRESEMITTEILUNG**